

Steigende Lebenshaltungskosten: Bezahlbarkeit als Schwerpunkt unserer politischen Arbeit

Für eilige Leserinnen und Leser:

Die Preise in Deutschland steigen massiv. Ursächlich sind vor allem gestörte Lieferketten infolge der Null-Covid-Politik Chinas sowie gestiegene Weltmarktpreise für Energie infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine und der daraufhin verhängten Sanktionen des Westens. Eine Trendwende bei der Preisentwicklung ist kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten. Ärmere Menschen können die Preissteigerungen schon heute kaum noch kompensieren. Die Entlastungen der Bundesregierung verpuffen, zumal ein Teil der Betroffenen von den direkten Hilfszahlungen ausgenommen wurde. Doch auch die ökonomische Mitte der Gesellschaft bekommt zusehends Probleme. Klar ist: Spätestens sobald die Nachzahlungen für Strom und Heizung hinzukommen, werden sehr viele Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Diese Entwicklung birgt enormen sozialen Sprengstoff. Brandenburg wird – ebenso wie der gesamte Osten der Republik – aufgrund seiner niedrigen Lohnstruktur sowie geringerer Vermögen bei zugleich höheren Energiepreisen besonders betroffen sein. Gleichzeitig steuern wir auf eine Wirtschaftskrise zu, die Räume mit einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur ohne größere Kapitalreserven stärker treffen kann. Auch hier ist Brandenburg besonders gefährdet.

Politisch betrachten und bearbeiten wir die Preiskrise sowie die wahrscheinlich aufziehende Stagflation multidimensional. In erster Linie wird es darum gehen, die sozialen Folgen der Preisexplosion möglichst gering zu halten. Da wir es mit einer länger anhaltenden angebotsstrukturellen Verteuerung zu tun haben, braucht es auch anhaltende strukturelle Unterstützung für besonders betroffene Bereiche der Gesellschaft, insbesondere für die ärmeren Teile der Bevölkerung. Wir setzen uns hier für sozial und ökologisch möglichst zielgenaue Maßnahmen anstelle des Prinzips Gießkanne ein. Gleichzeitig wollen wir die strukturellen Ursachen der aktuellen Preisentwicklung angehen und für die Zukunft nachhaltig beheben. Wir streiten deshalb einerseits für höhere Einkommen (womit explizit nicht nur Löhne, sondern auch andere Einkommensarten wie Renten oder Transferleistungen gemeint sind) sowie für direkte finanzielle Unterstützungsleistungen für Ärmere, damit die Menschen den gestiegenen Preisen bestmöglich begegnen können. Andererseits suchen wir Ansatzpunkte, um eine rasche und möglichst dauerhafte Senkung der Preise zu erreichen. So zum Beispiel durch staatliche Eingriffe in die Preispolitik („Deckel“-Modelle), die Brechung der Marktmacht preisbestimmender Akteure über das Kartellrecht, die Abschöpfung von Übergewinnen und die Eindämmung der Spekulation – jeweils insbesondere in den Bereichen Energie, Mobilität, Miete und Lebensmittel. Bestimmte kritische Bereiche wollen wir der Marktpreisbildung grundsätzlich entziehen. Auch im Feld der Wirtschaftspolitik braucht es zunächst die finanzielle Stabilisierung von besonders krisenbetroffenen Unternehmen sowie gezielte Unterstützung beim Abbau internationaler Abhängigkeiten. Perspektivisch braucht es eine deutlich aktivere Industriepolitik, welche zumindest in den Schlüsselbranchen und im Bereich kritischer Infrastruktur eine De-Globalisierung (der Produktion) unterstützt sowie die Abhängigkeit der Bundesrepublik von fossilen Energieimporten reduziert.

Im Sommer bereiten wir für den Herbst eine breite Kampagne zum Thema Bezahlbarkeit des Lebens vor. Hierfür suchen wir den Schulterschluss mit Gewerkschaften und Sozialverbänden. Schließlich ist die Verbesserung von Lebensbedingungen das Grundmotiv der gesellschaftlichen Linken. In den Meinungsumfragen zeigt sich, dass die Sorgen mit Blick

auf die Lebenshaltungskosten deutlich zunehmen: wir nähern uns einem *Kipppunkt*. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir wollen diese Stimmungen aufgreifen – auch um DIE LINKE als gesellschaftliche Kraft zu stabilisieren. Im Kampf um Bezahlbarkeit genießt DIE LINKE vergleichsweise hohe Kompetenzzuschreibungen, im Sozialen ohnehin. Seit Hartz IV lagen soziale Themen nicht mehr so sehr auf dem Tisch wie heute. Durch die Betroffenheit breiter gesellschaftlicher Schichten bietet sich für uns die Gelegenheit, aus der Nische herauszutreten. Hier wollen wir ansetzen. Und hier müssen wir ansetzen. Es kann unsere letzte Chance sein.

Wie entwickeln sich die Preise?

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,9 Prozent gestiegen. In Brandenburg lag der Anstieg mit 8,5 Prozent sogar noch höher – der dritthöchste Wert in Deutschland. Lediglich Berlin (8,6 Prozent) und Thüringen (8,8 Prozent) verzeichneten im Mai 2022 noch höhere Inflationsraten. Die Bundesrepublik als Ganzes erlebte seit der Ölkrise in den 1970er Jahren keinen so starken Anstieg der Verbraucherpreise mehr. Die Inflation in Deutschland lag damit jedoch lediglich im europäischen Mittel. Zahlreiche Staaten, insbesondere im Osten der EU, haben mit noch deutlich höheren Inflationsraten zu kämpfen. Spitzenreiter im Mai 2022 waren Estland mit 20,1 Prozent, Litauen mit 18,5 Prozent und Lettland mit 16,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zwar stiegen die Preise im Juni aufgrund der Entlastungen des Bundes etwas weniger langsam als befürchtet. Ökonomen gehen dennoch davon aus, dass der Preisdruck weiterhin anhalten wird. Zahlreiche Branchenvertreter haben bereits neue Preissteigerungen angekündigt. Auch die Erzeugerpreise, die als Vorbote für die Entwicklung der Endkundenpreise gelten, ziehen massiv an. So lagen die Erzeugerpreise bei landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Gemüse, Fleisch, Obst etc.) in Deutschland im April 2022 40 Prozent über denen im Vorjahresmonat. Bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte verzeichnete man im April 2022 einen Anstieg von 33,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Wir erleben eine *Preiskrise*.

Worin begründet sich diese Entwicklung?

Als ursächlich für die aktuellen Preissteigerungen gelten vor allem 1. die (Folgen der) Corona-Krise (in China) sowie 2. der Krieg Russlands gegen die Ukraine (und seine Folgen).

Die Corona-Krise hat die Lieferketten weltweit durcheinandergebracht. Insbesondere 1. die trotz Omikron bis heute aufrechterhaltene strikte Null-Covid-Politik im weltweit wichtigsten Exportland China hat massive Auswirkungen auf den Welthandel. So dürfen beispielsweise Frachtschiffe in China nicht anlanden, wenn auch nur ein einziges Besatzungsmitglied positiv auf Corona getestet wird. Einzelne Corona-Fälle führen noch immer zu wochenlangen Lockdowns von Millionenstädten, wodurch auch in den Fabriken die Produktion immer wieder für längere Zeit still steht. Ebenfalls betroffen ist davon der inländische Warenverkehr. Lieferungen aus betroffenen Regionen werden bei Bekanntwerden von Covid-Ausbrüchen an der Weiterfahrt gehindert und an Ort und Stelle unter Quarantäne gestellt. Nach Zahlen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) hat sich daher die Zahl der Abfahrten von Containerladungen aus China und Shanghai seit Anfang April

2022 um über 30 Prozent verringert. Die Zahl der auf Einfahrt wartenden Schiffe liegt hingegen mehr als dreimal so hoch wie in normalen Zeiten. Die Londoner Schifffahrtsberatung Drewry schätzt, dass im Hafen Shanghai allein im April 2022 260.000 für den Export in alle Welt bestimmte Container nicht verladen wurden. Die Fahrpläne sind dadurch völlig durcheinandergeraten, was zu Chaos an den internationalen Containerhäfen und explodierenden Transportkosten führt. Derlei Schwierigkeiten misst die New Yorker FED mit dem Global Supply Chain Pressure Index (GSCPI). Seit Ende 2021 ist der Druck auf die Lieferketten laut diesem Index, der bis ins Jahr 1997 zurückschaut und alle globalen Branchen betrachtet, auf einem absoluten historischen Höchststand – sogar noch höher als im Frühjahr 2020 nach Ausbruch der Pandemie als zwischenzeitlich quasi die ganze Welt „stillstand“. Händler und Endkunden in Europa spüren das ganz konkret. Insbesondere Elektronikartikel sind bei vielen Fachmärkten derzeit nur eingeschränkt lieferbar, während die noch vorhandene Lagerware mit deutlichen Aufpreisen über die Ladentheke geht. Problematischer sind allerdings die Folgen dieses Handelshemmnis für die Industrie, die immer häufiger mit Materialknappheiten zu kämpfen hat. Aus unterbrochenen Lieferketten werden zunehmend unterbrochene Produktionsketten. Das Resultat sind höhere Preise. Die chinesischen Lockdowns haben auf diese Weise eine Art weltumspannenden Welleneffekt, der besonders die deutsche Wirtschaft trifft. Denn China ist der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. Zahlreiche deutsche Unternehmen sind auf die Vorproduktion in China angewiesen. Bei der jüngsten Unternehmensumfrage des Ifo-Instituts im Mai klagten 77,2 Prozent der Firmen über Materialengpässe und Lieferprobleme, nach 75 Prozent im April. Nahezu alle Schlüsselindustrien sind nach den Zahlen des Ifo stark betroffen, am meisten der Maschinenbau, in dem 91,5 Prozent der Unternehmen über Lieferprobleme klagen. Direkt dahinter folgt die Elektroindustrie. In der Automobilindustrie liegt der Anteil bei 89,5 Prozent. Die Corona-Krise und der chinesische Umgang mit der Seuche haben demnach zu einer weltweiten „Angebots-Inflation“, also einer angebotsstrukturellen Verteuerung, geführt. Wir erleben damit auch eine *Krise der Globalisierung*. Trotz zuletzt einiger zaghafter Lockerungen im Maßnahmenregime Chinas ist kurz- bis mittelfristig mit weiteren Einschränkungen der Vorproduktion, des Warenverkehrs und damit mit Störungen im Welthandel und der Lieferketten zu rechnen. Von einer generellen Abkehr Chinas von seiner Null-Covid-Politik ist auf absehbare Zeit nicht auszugehen. Der Preisdruck aus China wird daher anhalten.

Den größten Anteil an den zuletzt stark gestiegenen Verbraucherpreisen haben die massiven Teuerungen im Energiebereich. Wichtig zur Einordnung ist hierbei: Bereits ab Mitte/Ende 2021 stiegen die Energiekosten in Deutschland und Europa stark an. Ausschlaggebend hierfür waren zunächst die gestiegenen Preise für CO₂-Zertifikate. Der Kurs für eine Tonne CO₂ kletterte spekulationsgetrieben zwischenzeitlich auf bis zu 95 Euro. Seit Januar 2021 hat sich der Preis (aktuell etwa 80 Euro) im Schnitt mehr als verdreifacht – ein Wert, der eigentlich erst für 2030 und damit für einen deutlich fortgeschritteneren Stand des Ausbaus erneuerbarer Energien vorgesehen war. Durch den Krieg in der Ukraine sind die Börsenpreise für Energieträger nun weiter massiv angestiegen. Dies hat mit der enormen Abhängigkeit Deutschlands und der EU von russischem Öl und Gas zu tun sowie der Sorge vor einem Ausbleiben der Lieferungen aus Russland – entweder durch Russland selbst oder durch ein Embargo der EU (wie aktuell für Öl geplant). Etwa 55 Prozent der deutschen Erdgasversorgung kam 2021 aus Russland, 26,7 Prozent am deutschen Primärenergieverbrauch wurde durch Erdgas gedeckt und 14,5 Prozent der deutschen Stromerzeugung entstand durch den Einsatz von Erdgas. Der Gazprom-Konzern hat Mitte Juni

die Gaslieferungen nach Deutschland durch die Pipeline Nord Stream 1 auf nur noch 40 Prozent der technischen Kapazität reduziert. Die restlichen Mengen müssen nun zu höheren Preisen am Weltmarkt beschafft werden. Das bringt die Anbieter, die das Gas zu vertraglich festgelegten Preisen weitergeben müssen, in finanzielle Bedrängnis. Mit Uniper hat unlängst der größte Gasimporteur Deutschlands, der mehr als 100 Stadtwerke und Industriebetriebe beliefert, um Staatshilfe angefragt. Im Bereich der Versorger besteht zunehmend die Sorge vor einer Kettenreaktion von Zahlungsausfällen. Robert Habeck sprach in diesem Zusammenhang von einem „Lehman-Brothers-Effekt“, der unbedingt vermieden werden müsse. Tschechien, das mit Inflationsraten von um die 20 Prozent zu kämpfen hat, kündigte in Reaktion auf diese Entwicklung jüngst weitreichende Verstaatlichungen im Energiesektor an. Völlig offen ist derweil, wie sich die Gaslieferungen aus Russland nach der für Anfang Juli geplanten Wartung der Ostsee-Pipeline Nord-Stream 1 entwickeln werden. Zahlreiche EU-Länder meldeten bereits zuvor Unregelmäßigkeiten bei der Gaslieferung. Die russische Nachrichtenagentur RIA berichtete am 16. Juni unter Berufung auf den russischen Botschafter bei der EU, dass die Gaslieferungen sogar gänzlich ausgesetzt werden könnten. Gleichwohl bewegen wir uns hier im Bereich der Mutmaßungen, weshalb Aussagen wie unlängst von Minister Steinbach, wonach es mit einer Wahrscheinlichkeit von „70 bis 80 Prozent“ zu einem dauerhaften Lieferstopp kommen werde, wenig hilfreich sind. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang dennoch eine aktuelle Studie der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, welche die Auswirkungen eines dauerhaften Gaslieferstopps für die deutsche Wirtschaft berechnet hat. Die vbw rechnet in diesem Fall für das zweite Halbjahr mit direkten und indirekten Wertschöpfungsverlusten in Höhe von 12,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung: „In Summe hängen rechnerisch etwa 5,6 Millionen Arbeitsplätze direkt, vorgelagert oder nachgelagert von der Wertschöpfung ab, die aufgrund der Lieferunterbrechungen verloren geht.“, schreibt die vbw. Das wäre tatsächlich dramatisch.

Im Bereich des Erdöls ist besonders Ostdeutschland von russischen Importen abhängig. Über die Druschba-Pipeline wird Deutschland nach Angaben der Raffinerie PCK zu 25 Prozent mit Rohöl versorgt. In Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern fahren neun von zehn Autos mit Kraftstoff allein aus dem PCK. Die Raffinerieprodukte sind darüber hinaus Schmierstoff für die chemisch-pharmazeutische Industrie, die 55.000 Menschen in 160 Unternehmen beschäftigt. Bis Ende des Jahres soll nach dem Willen der Bundesregierung und der EU kein Öl mehr aus Russland importiert werden. Von der durch die EU eröffneten Ausnahmeregelung für die Drushba-Pipeline will die Bundesregierung keinen Gebrauch machen – auch nicht für kasachisches Öl. Gleichzeitig erweisen sich die Pläne des Bundes zur alternativen Belieferung der Raffinerie immer mehr als nicht umsetzbar. Zuletzt teilte etwa der Danziger Hafen mit, dass von dort aus kein Öl nach Schwedt fließen wird. Nach aktuellem Stand muss mit einer maximalen Auslastung der Raffinerie von lediglich knapp 60 bis 65 Prozent gerechnet werden. Ab Januar kann es daher insbesondere im Osten der Republik zumindest teilweise zu Engpässen bei Erdölprodukten kommen – was sich sicherlich auch bei den Preisen für diese bemerkbar machen wird. An den Märkten sorgte indes allein die Ankündigung eines Embargos für neue Höchstwerte beim Ölpreis. Paradoxerweise führt das dazu, dass Russland vom geplanten Öl-Embargo in den letzten Wochen finanziell massiv profitierte. Der Kreml rechnet in diesem Jahr mit Mehreinnahmen in Höhe von knapp 14 Milliarden Euro aus dem Öl- und Gasgeschäft, die laut Aussage des russischen Finanzministers unter anderem zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine herangezogen werden sollen.

Die explodierenden Energiepreise sorgen durch gestiegene Produktions- und Transportkosten indirekt für Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen. Russland fällt durch

die internationalen Sanktionen aber nicht nur als Energielieferant weitgehend aus, sondern auch bei wichtigen Rohstoffen wie Industriemetallen. Auch dort muss die Belieferung umgestellt werden, was mit höheren Kosten verbunden ist und was ebenfalls zu Ausfällen in der Lieferkette führt. Dennoch muss mit Blick auf den Krieg in der Ukraine festgehalten werden: Ein Großteil der Preissteigerungen war bislang weniger auf einen realen Mangel als auf marktbedingte Preisverwerfungen zurückzuführen. An den Märkten schließlich werden erwartete Entwicklungen, so zum Beispiel ausbleibende Lieferungen, in der Preisbildung vorweggenommen. (Update 8. Juli: Deshalb fällt in den letzten Tagen der Ölpreis auch bereits wieder – in Erwartung einer Rezession!) Das gilt auch für andere Güter. So fallen Russland und die Ukraine zum Beispiel zwar wegen des Krieges als wichtige Herkunftsländer für Getreide, Mais und Ölsaaten wie Sonnenblumenöl weitgehend aus. Deutschland ist aber bei der Versorgung mit Getreide weitgehend autark und die EU insgesamt nicht auf Einfuhren aus der Ukraine oder Russland angewiesen. Von dort werden eher arabische und afrikanische Länder mit Weizen beliefert. Der Weizenpreis wird jedoch an den internationalen Börsen für Agrarrohstoffe wie zum Beispiel in Paris gemacht. Wenn dort ein wichtiger Lieferant ausfällt, steigen weltweit wie aktuell beim Weizen die Preise. Dass in Deutschland das Getreide genauso ausreichend verfügbar ist wie vor dem Krieg, spielt in diesem Zusammenhang dann keine Rolle. Der Getreidepreis stieg infolge des Kriegs um 53,6 Prozent. (Aufschlussreich mit Blick auf die Energiepreisentwicklung sind die täglich aktualisierten Datenvisualisierungen von [ZEIT Online \(klick\)](#) und der [NZZ \(klick\)](#).)

Welche Folgen hat diese Entwicklung?

Für die Wirtschaft in Deutschland und Brandenburg: Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist nicht nur eine militärische und geopolitische Zäsur. Er verändert auch die wirtschaftliche Lage. Das betrifft sowohl die kurzfristige Konjunkturentwicklung als auch die mittelfristigen Aussichten für Wachstum und Wohlstand. Die bislang erwartete konjunkturelle Erholung wird deutlich abgeschwächt. Es droht eine Stagflation, also eine Kombination aus schwachem Wachstum und hoher Inflation. Viele Unternehmen haben nach zwei Jahren Corona-Pandemie ohnehin deutlich Schlagseite. Ausbleibende Lieferungen von Rohstoffen und Vorprodukten aus Russland, der Ukraine und dem asiatischen Raum führen nun zu neuerlichen Produktionsunterbrechungen, was sich – ebenso wie die dramatisch gestiegenen Importpreise – negativ auf Umsatz und Gewinn auswirkt. Die hohen Energiepreise machen die Produktion vieler Güter zudem teuer und teilweise sogar gänzlich unrentabel. Einige Unternehmen mussten die Produktion bereits unterbrechen oder ganz einstellen. Die durch die Inflationsangst der Deutschen getrübe Konsumstimmung schadet der Binnenwirtschaft zusätzlich und auch der Fachkräftemangel verhindert eine volle Produktionsauslastung. (Sidenote zum Fachkräftemangel infolge demografischer Entwicklungen: Laut Bundesagentur für Arbeit nahm die Zahl der potentiellen Arbeitskräfte im typischen Berufsalter bereits 2021 um fast 150.000 Personen ab. Allein zur Wohlstandssicherung seien mittlerweile 400.000 qualifizierte Zuwanderer pro Jahr nötig.) Hinzukommen die Kosten für den ökologischen Umbau, die ebenfalls Teil der Gesamtrechnung sind. Viele Unternehmen haben dadurch mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen – insbesondere energieintensive Firmen sowie kleine Betriebe, die nicht auf große Rücklagen zurückgreifen können und auf dem Kapitalmarkt weniger einfach an Überbrückungskredite kommen oder die gestiegenen Preise nur schwer an ihre Abnehmer weitergeben können. Die Preisüberwälzungsspielräume, so eine aktuelle

Umfrage des ifo, sind in vielen Bereichen deutlich begrenzt. Auch eine Umstellung der Produktion wäre – wenn überhaupt kurzfristig möglich – mit erheblichen Investitionskosten verbunden.

Die Trendwende der Europäischen Zentralbank in der Zinspolitik verschärft diese Situation nun weiter, schließlich macht sie es angeschlagenen Unternehmen noch schwerer, Kapital zu beschaffen. Mit jeder Zinserhöhung wächst zugleich die Gefahr, die Konjunktur abzuwürgen und Europa in die Rezession zu stürzen. Schon mit den aktuellen Zinssteigerungen drohen Insolvenzen. Ursache der Inflation ist – wie oben ausgeführt – explizit nicht die expansive Geldpolitik der letzten Jahre, sondern das durch verschiedene Faktoren eingebrochene Angebot. Der Versuch der Anpassung der Nachfrage an das geringere Angebot mittels Geldpolitik würde eine Rezession und massive Wohlstandsverluste zur Folge haben. Hinzukommt, dass eine Verteuerung von Krediten erhebliche Folgen für den Immobilienmarkt haben kann. (Zu?) viele Menschen haben sich in den letzten Jahren aufgrund der gestiegenen Bau- und Kaufpreise für den Traum vom Eigenheim hoch verschuldet, die Kredite sind oftmals Spitz auf Knopf genäht, die Raten nur aufgrund niedriger Zinsen überhaupt bezahlbar. Steigende Zinsen können diese Finanzierungen zusammenbrechen lassen. Es besteht deshalb die reale Gefahr, dass der Immobilienmarkt infolge steigender Zinsen kollabieren könnte.

Die jüngst massiven Kurseinbrüche an den Börsen, an denen bekanntlich immer auf die Zukunft gewettet wird, können als Vorbote einer aufziehenden Wirtschafts- und Finanzkrise verstanden werden. In den letzten Tagen sind nun sogar die Preise einiger strategischer Rohstoffe wie Öl und Kupfer eingebrochen. Die Angst vor einer Rezession wächst täglich.

Schon die Corona-Krise zeigte sich mitunter als *Krise der Globalisierung*. Russlands Überfall auf die Ukraine, die Sanktionen des Westens sowie dessen Abnabelung von russischen Energieträgern dürften die Weltwirtschaft nun endgültig auf einen neuen Pfad schicken. Noch ist unklar, ob es ein Pfad der allgemeinen De-Globalisierung oder vielmehr eine Neuordnung anhand dreier Blöcke werden wird. Einiges deutet auf letzteres hin. Ein Stück weit spiegelt sich in der aktuellen Entwicklung auch die Abnahme der ideellen wie ökonomischen Macht des Westens wider. So ist es nicht gelungen, Russland international tatsächlich zu isolieren und gewissermaßen aus der Globalisierung „herauszunehmen“. Längst sind insbesondere im für die russische Wirtschaft zentralen Rohstoffexport neue Lieferverträge mit Indien und anderen Staaten unterzeichnet. Man könnte sagen: Russland und die Welt globalisieren sich weiter – nur eben ohne uns. Hinter alledem verbirgt sich zudem das Scheitern des liberalen Konzepts der Friedenssicherung über die Schaffung ökonomischer Interdependenzen. So oder so werden die Sicherung von Lieferketten und die Produktion im Inland (bzw. innerhalb der Europäischen Union) künftig eine gewichtigere Rolle spielen (müssen) und regionale Märkte strategisch an Wichtigkeit gewinnen. Überdies gewinnt die Energiewende nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch als stabilisierender ökonomischer Faktor an Bedeutung. Eine dezentrale und weitgehend autarke Energieversorgung kann die Wirtschaft bei entsprechender Ausgestaltung weniger anfällig gegenüber Preisschwankungen an den Energiebörsen machen. Inflationsschübe aufgrund steigender Rohstoffpreise wie derzeit wären damit passé. Bis dahin aber steuern wir auf eine erhebliche ökonomische Krise zu, die besonders Räume mit einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur, geringen Liquiditätsreserven und einer hohen Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen sowie Vorprodukten aus dem asiatischen Raum treffen kann – das heißt konkret: besonders Ostdeutschland und besonders Brandenburg sind gefährdet.

Für die Menschen in Deutschland und Brandenburg: Preissteigerungen treffen vor allem ärmere Menschen, darunter zum Beispiel Rentnerinnen und Rentner, Geringverdiener oder Erwerbslose. Sie waren schon vorher darauf angewiesen, nahezu ihr komplettes Einkommen zu verkonsumieren und die Produkte dabei stark preisorientiert auszuwählen. Eine Änderung des Kaufverhaltens, wie ein Verzicht auf „Luxusgüter“ oder ein Ausweichen auf günstigere Artikel, ist für sie zumeist nicht (mehr) möglich. Auch auf finanzielle Rücklagen können viele – insbesondere nach zwei Jahren Corona-Krise und insbesondere im Osten der Republik – nicht (mehr) zurückgreifen. Neben den Preissprüngen im Lebensmittelbereich sind Ärmere ebenfalls von gestiegenen Strom- und Heizkosten besonders betroffen, haben sie doch häufig ältere Elektrogeräte mit höherem Stromverbrauch sowie schlechter ausgestattete Wohnungen mit geringerer Energieeffizienz. Der jüngste Deutschlandtrend von infratest dimap zeigt, dass sich 77 Prozent der Geringverdiener, also jene mit unter 1.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen, schon heute inflationsbedingt stark oder sehr stark einschränken müssen. Im Osten der Republik liegt der Wert insgesamt mit 59 Prozent deutlich höher als im Westen mit 44 Prozent. Ursächlich hierfür dürfte die niedrige Lohn- und Vermögensstruktur in den Neuen Ländern sein. In Brandenburg betrug das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt eines Vollzeitbeschäftigten 2019 lediglich 2.708 Euro. Dem gegenüber stehen Berechnungen des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungskonzerns PWC aus dem April, wonach sich ein durchschnittlicher deutscher Haushalt in diesem Jahr auf Mehrkosten von rund 2.900 Euro einstellen muss – wir reden hier also von nahezu zwei durchschnittlichen brandenburgischen Netto-Gehältern, die einzig von den inflationsbedingten Mehrkosten aufgefressen werden. Eine aktuelle Studie des Kreditversicherers Allianz Trade hält bei Lebensmitteln in diesem Jahr Preissteigerungen von 10,7 Prozent für wahrscheinlich, was Mehrausgaben allein in diesem Bereich von über 250 Euro pro Person zur Folge hätte – deutlich mehr als im April von PWC berechnet. Zur Einordnung: Der Hartz-IV-Satz sieht derzeit 5,20 Euro pro Tag für Lebensmittel vor. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang eine INSA-Erhebung aus dem Juni, wonach 16 Prozent der Bevölkerung – also etwa jeder sechste Deutsche – aufgrund der Inflation bereits auf reguläre Mahlzeiten verzichten muss. Bei den Ärmern mit unter 1.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen ist es gar jeder Dritte (23 Prozent). Eine IMK-Umfrage hat hierzu noch einmal differenziertere Daten erhoben, die im Kern jedoch in die gleiche Richtung deuten. Das Vergleichsportal Verifox hat seinerseits die durchschnittlichen Mehrkosten für Strom und Gas berechnet: zahlte ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kwh im April 2021 jährlich noch 1.171 Euro für Strom, waren es im April 2022 bereits 1.737 Euro. Beim Gas musste eine beispielhafte Familie mit einem Verbrauch von 20.000 kwh im April 2021 1.184 Euro pro Jahr zahlen, 2022 waren es 2.787 Euro. Die Preise lagen jeweils im Osten der Republik höher als im Westen. Auch die Kosten für Sprit sind massiv gestiegen, was im Pendlersland Brandenburg für besonders große Verwerfungen sorgen dürfte. Die Arbeitswege machen in Brandenburg durchschnittlich über 20 Kilometer einfache Entfernung aus, Tendenz steigend. In keinem Bundesland sind die Pendelstrecken so lang wie in Brandenburg. Der Motorisierungsgrad liegt in Brandenburg dabei über dem Bundesdurchschnitt. Ein Ausweichen auf öffentliche Verkehrsmittel ist für viele schlicht nicht praktikabel. Bei derart hohen Preissteigerungen verpufft das Entlastungspaket des Bundes bei den Allermeisten. Laut Berechnungen des DiW reichen die bislang vom Bund beschlossenen Unterstützungsleistungen vor allem bei Ärmern nicht aus, um die Mehrbelastungen auch nur ansatzweise zu kompensieren. Wir dürfen nicht vergessen: Die aktuelle Preiskrise trifft auf eine Gesellschaft, hinter der zwei Jahre Pandemie mit Kurzarbeit, Einnahmeausfällen und

teilweise sogar Jobverlusten liegen. Der jüngst vorgelegte Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes unterstreicht das: die Armut in Deutschland ist mit 16,6 Prozent auf Rekordniveau. Soziale Einrichtungen wie die Tafeln schlagen längst Alarm, wöchentlich sehen sie sich mit mehr Bedürftigen konfrontiert, während sie gleichzeitig selbst mit gestiegenen Kraftstoff- und Energiepreisen sowie einem rückläufigen Spendenaufkommen zu kämpfen haben. Die Preissteigerungen sind mittlerweile so stark, dass sich häufig auch jene einschränken müssen oder Einschränkungen bei weiteren Preissteigerungen notwendig werden dürften, die sich bislang als gut abgesichert verstanden haben – die „Mitte der Gesellschaft“ ist zunehmend betroffen. Spätestens, wenn im Herbst die Nachzahlungen für Strom und Heizung eintrudeln, werden viele Menschen in ernsthafte finanzielle Bedrängnis geraten. Wir nähern uns einem *Kipppunkt*.

Was heißt das für uns?

Schon unsere Studie mit Erhebungen im April zeigte uns: Die Menschen haben Angst, ihren Lebensunterhalt bald nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten zu können. Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten überstrahlte bereits zu diesem Zeitpunkt alle anderen abgefragten Bereiche. Auch andere Umfragen wie jüngst eine repräsentative Befragung von McKinsey bestätigen diesen Trend: 80 Prozent der Deutschen nennen darin die steigenden Preise als eine ihrer drei größten Sorgen – der mit Abstand höchste Wert aller Nennungen. Und diese Sorgen bestehen nicht zu Unrecht! Die Preise, mit denen die Menschen umgehen müssen, steigen unaufhörlich, die Weltwirtschaft gerät zunehmend ins Wanken, zu niedrig sind die Löhne, als dass die Preissteigerungen dauerhaft ausgeglichen werden könnten, und zu hoch ist der Anteil des verfügbaren Einkommens, der bereits vor der Preiskrise zum Beispiel für Wohnraum drauf ging. Knapp ein Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger musste bereits 2018 mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens für die Warmmiete ausgeben. Das Entlastungspaket des Bundes verschafft hier kurz Luft, mehr aber auch nicht. Einzelne Maßnahmen wie der Tankrabatt gehen aufgrund fehlender Marktkontrollen gar völlig am Ziel vorbei. Die Ärmeren stehen de facto schutzlos dar, während die finanziell etwas besser Gestellten noch versuchen, einen Umgang mit der Situation zu finden. Aber auch sie merken die Preissprünge bereits. Insbesondere die Nachzahlungen für Heizung und Strom zum Ende des Jahres werden für viele Menschen ein riesiges Problem, das bereits heute schlaflose Nächte bereitet – auch für jene, denen es gerade noch „ganz gut“ geht. Diese Entwicklung birgt enormeres gesellschaftliches Konfliktpotential. Eine emotionale Mischung stellt sich ein: Angst, in die Armut abzurutschen. Frust darüber, alles zu tun, was der Staat von einem verlangt und trotzdem nicht über die Runden zu kommen. Wut über die schleichende Enteignung von Einkommen und Erspartem. Unverständnis über einen Staat, der zögerlich handelt und Fehlentwicklungen einfach laufen lässt. Soziale Themen und schichtenübergreifende Emotionalisierung in diesem Bereich liegen damit so sehr auf dem Tisch wie zuletzt bei der Agenda 2010, mglw. sogar noch mehr. Nahezu jeder fühlt sich persönlich betroffen und fürchtet sozialen Abstieg und deutlich spürbare Wohlstandsverluste!

Als Linke betrachten wir die Preiskrise aus verschiedenen Richtungen. Im Zentrum steht die Bezahlbarkeit des Lebens – eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die nun zur zentralen Forderung und zum politischen Ziel wird! Denn wo die Bezahlbarkeit nicht mehr gegeben ist, stellen sich soziale Probleme ein. Es geht um den Alltag, die Lebenswirklichkeit, über die wir bei der Bezahlbarkeit sprechen. Uns ist klar, dass die Preissteigerungen vor allem dort zu einem Problem werden, wo die Löhne und Einkommen niedrig sind. Deshalb streiten

wir für höhere Löhne und Gute Arbeit. Geringere Löhne bei Frauen, generell in Ostdeutschland oder das Problem der Prekarisierung von Arbeit, steigende atypische Beschäftigung etc. – all das können wir verbunden diskutieren. Ebenfalls die generell zu niedrigen Renten und Sozialleistungen. Denn all das hat einen Anteil an der Unbezahlbarkeit des Lebens – für viele auch schon vor der Preiskrise, jetzt aber liegt es mehr auf der Hand denn je und trifft breitere gesellschaftliche Schichten als jemals zuvor. Insbesondere die ärmeren Teile der Bevölkerung allerdings brauchen nicht nur strukturelle Verbesserungen ihrer Einkommenssituation, sondern auch akute Hilfe, um dem Preisdruck begegnen zu können. Für sie streiten wir für sozial und ökologisch möglichst zielgerichtete Unterstützung. Am sinnvollsten erscheinen hier Direktzahlungen, da die Streuwirkung dabei am geringsten ist. Da wir von einer längeren Phase der Teuerung ausgehen müssen, werden auch entsprechende Unterstützungszahlungen über einen längeren Zeitraum notwendig bleiben. Nicht zuletzt deshalb ist der effiziente Einsatz finanzieller Mittel speziell für jene, die es am nötigsten brauchen, umso wichtiger. Wir wehren uns demnach gegen das Prinzip Gießkanne und achten besonders auf die Verteilungswirkung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen im Zuge der Preiskrise.

Gleichzeitig wollen wir ran an die hohen Preise. Als Linke haben wir uns über den Einsatz für bezahlbare Mieten eine hohe Glaubwürdigkeit und damit auch eine Form der Kompetenz im Bereich der Preispolitik erarbeitet. Wir können glaubhafter als andere Parteien Marktversagen thematisieren (zum Beispiel bei den spekulationsgetriebenen Strompreisen durch den CO₂-Zertifikatehandel, den Lebensmittelpreisen, den Energiepreisen als Ganzes) – und haben als sozialistische Partei im Gegensatz zu den anderen, auch Alternativen anzubieten. Es war schließlich nicht immer so, dass die Preispolitik für basale Lebensführungsressourcen und nicht zuletzt auch sicherheitspolitisch relevante Güter einzig dem Markt überlassen war. Die aktuellen Fehlentwicklungen sind auch die Folge fehlgeleiteter Deregulierungen, die rückgängig zu machen sind. Eine Möglichkeit, Preisspitzen abzufedern bietet hier möglicherweise auch das Preisgesetz von 1948, das den Wirtschaftsminister ermächtigt, die Preise, Mieten, Pachten, Gebühren und sonstige Entgelte für Güter und Leistungen jeder Art, ausgenommen Löhne, staatlich festzusetzen. Darüber wären ohne Weiteres zum Beispiel „Deckel-Modelle“ für vergünstigte Grundkontingente bei Strom oder Heizung realisierbar – das wichtigste Konzept in dieser Frage. Vor allem aber stehen wir als Linke für konkrete Entlastungspolitik, die sich in der Geldbörse bemerkbar macht. Wir fokussieren uns dabei vor allem auf die Bereiche Miete, Verkehr/Mobilität, Lebensmittel und Energie. Über das Ziel der Bezahlbarkeit können wir Forderungen in diesen Bereichen erklärbar machen: Bezahlbare Mieten zum Beispiel gibt es auf Dauer nur mit Wohnraum in öffentlicher Hand und einer an der Gemeinnützigkeit ausgerichteten Wohnraumpolitik. Bis dahin braucht es Preisregulierungen – her mit dem bundesweiten „Mietendeckel“! Bezahlbare Mobilität gibt es auf Dauer nur mit einer Verkehrswende, hin zu mehr öffentlichem Nahverkehr und weg von fossilen Kraftstoffen. Verbunden können wir über den Ausbau im Ländlichen und die Preispolitik diskutieren – zum Beispiel über eine Fortführung des 9-Euro-Tickets oder die Einführung eines 365-Euro-Tickets. Bis alle irgendwann einmal umsteigen können, müssen wir Pendlerinnen und Pendler aber auch konkret entlasten – ohne dass die Entlastung bei den Mineralölkonzernen landet. Auch das ist möglich, mit staatlicher Regulierung und Eingriffen in den Markt. Verbunden diskutierbar ist im Bereich des Verkehrs überdies die Steuerpolitik, die auch unabhängig davon dringend Umverteilung ermöglichen muss, damit die Armen nicht noch ärmer werden, während die Reichen immer mehr auf dem Konto haben. In Österreich wurde zum Beispiel im Zuge eines Entlastungspakets jüngst ein

Inflationsschutz bei der Steuerprogression eingeführt. Das „Klimageld“ wird Spitzenverdienern dort bei der Steuererklärung wieder einkassiert – ginge doch hier auch? Als Linke wissen wir, dass die Spekulation mit Lebensmitteln nie eine gute Idee ist. Wir wenden uns aber auch gegen die Rufe vonseiten einzelner Grüner, Lebensmittel aus Gründen des Klimaschutzes noch teurer zu machen. Konsumsteuern treffen schließlich immer die Ärmsten besonders. Wir streiten für eine soziale Preispolitik und gegen die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne, die im Übrigen zu Lasten von Mensch wie Natur gleichermaßen geht. Im Bereich der Energie setzen wir nicht nur auf staatliche Preisdeckelung und eine Regulierung der Energiemärkte. Wir streiten auch für den Ausbau erneuerbarer Energien, was bei kluger Ausgestaltung die Möglichkeit bietet, die Macht der Energiekonzerne zu brechen und uns unabhängig von Despoten wie Börsen gleichermaßen zu machen – das schafft auch Preisstabilität. Hier bietet sich überdies ein Möglichkeitsfenster, Klimaschutzmaßnahmen als Beitrag zur langfristigen Bezahlbarkeit von Energie zu diskutieren – und gleichzeitig deutlich zu machen, wer die Kosten für den Ausbau zu tragen hat. Die aktuelle Krise bietet zugleich die Gelegenheit über Eigentümerstrukturen im Energiesektor zu diskutieren, insbesondere was (vor dem Hintergrund des Problems der Netzentgelte) die Netze angeht. Tschechien, das nun umfangreiche Verstaatlichungen im Energiebereich vornimmt, kann hier Stichwortgeber sein. Nachgelagert zu den vier großen Schwerpunktbereichen bietet uns das Thema der Bezahlbarkeit die Möglichkeit, gewisse Interdependenzen aufgrund der Globalisierung der Weltwirtschaft, des Handels etc. anzuprangern. Auch diese haben eine Mitschuld an den gestiegenen Preisen. Wir wollen die Rückholung von Technologie, Industrie und Produktion zumindest im Bereich der Schlüsselbranchen, daher gezielt unterstützen, insbesondere mit einer aktiven Industrie- und Technologiepolitik. Wir sehen den Staat hier als Akteur, der die Unternehmen bei diesem Prozess begleiten und aktiv unterstützen muss. Überdies, auch das zeigt die Preiskrise, müssen wir endlich ran an eine grundlegende Reform unseres sozialen Sicherungssystems. Weiterhin gilt dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz, heute mehr denn je. Wir streiten für einen armutsfesten Sozialstaat des 21. Jahrhunderts, der Chancen ermöglicht und Menschen aus prekären Situationen heraushilft.

Mit einem Fokus auf die Bezahlbarkeit des Lebens setzen wir uns konkret ein für die Ärmsten – aber nicht nur. Wir streiten damit auch dafür, dass mittlere Einkommensgruppen nicht bald zu den Armen gehören werden. Die Preiskrise ist eine soziale Krise. Wir haben demnach die Chance, über das Thema der Bezahlbarkeit breitere Bevölkerungsschichten als bislang mit sozialen Belangen zu erreichen. Diese Chance müssen wir als Linke nutzen, wollen wir wieder Relevanz für die Menschen erlangen und ein Stück weit aus der Nische heraustreten. Konkret müssen wir uns jetzt im Sommer auf den nahenden *Kipppunkt* vorbereiten. Wir müssen so bald wie möglich einsteigen in Bündnisarbeit und eine Kampagne konzipieren, die wir als Partei gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen durchführen können – dezentral und möglichst (zumindest) im gesamten Osten koordiniert. Wir müssen Menschen einen Anlaufpunkt geben für ihre Emotionen und versuchen, ein Gefühl der Solidarität zu erzeugen: Gemeinsam sind wir stark. Hierfür bedarf es konkreter Vorschläge und ein abgestimmtes Vorgehen.

Dieses Papier entstand als Diskussionsgrundlage für die brandenburgische LINKEN-Fraktion und wurde in dieser zuerst am 21.06. diskutiert. Impulse aus der Debatte fanden später Eingang in die überarbeitete Version, ebenso wie weitere Gedanken und Hinweise von Sebastian Walter, Ralf Christoffers, Thomas Falkner, Andrea Johlige und Axel Troost, denen ich hiermit herzlich danke.

Tabellen und Diagramme:

ARD-DeutschlandTREND Juni 2022

Wichtigste Probleme

Summierte Auswertung wichtigstes + zweitwichtigstes Problem



Ukraine-Krieg / Russischer Einmarsch / Außenpolitik	+37	37
Inflation / steigende Preise / Spritpreise	+23	23
Umweltschutz / Klimawandel	-11	22
Soziale Ungerechtigkeit / Armut / Hartz IV	±0	16
Energiepolitik / Energiewende	+7	11
Rente / Alterssicherung	-5	10
Wirtschaft	+1	8
Bildung / Schule / Ausbildung	±0	8
das eigene Land zuerst, mehr für Deutschland tun	+6	6
Politik, Verwaltung: Abgehobenheit / Politikverdrossenheit	-2	5

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem, um das sich die deutsche Politik vordringlich kümmern muss? Und welches ist das zweitwichtigste?

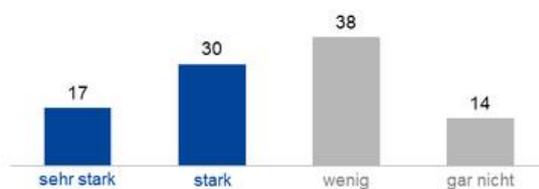
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu September 2021
 Fehlende Werte: Sonstiges / weiß nicht / keine Angabe



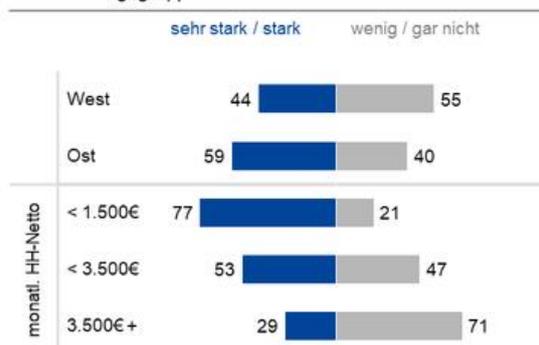
Quelle:
 Infratest dimap
 Deutschlandtrend Juni 2022

ARD-DeutschlandTREND Juni 2022

Einschränkungen wegen Preissteigerungen



Bevölkerungsgruppen



Derzeit steigen die Preise für Strom, Gas und Treibstoff und viele Waren des täglichen Bedarfs. Wie stark müssen Sie sich persönlich deswegen im Alltag einschränken?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

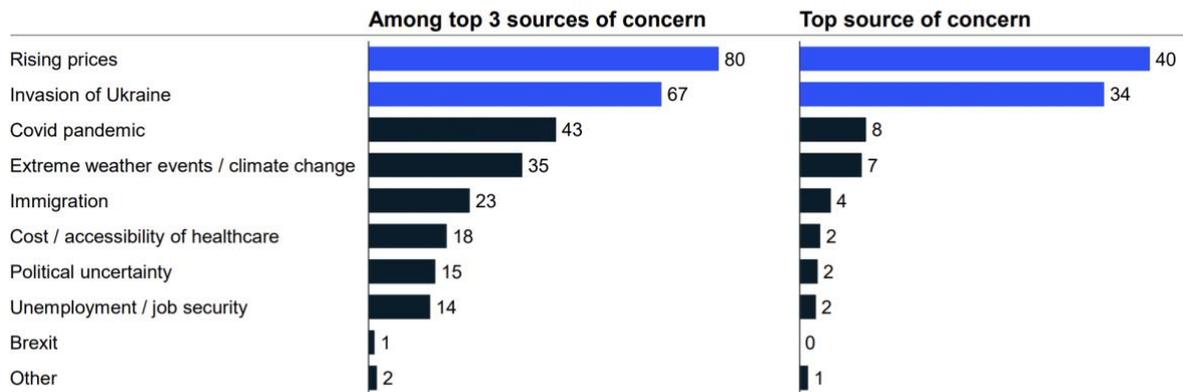


Quelle:
 Infratest dimap
 Deutschlandtrend Juni 2022

In Germany, consumers' greatest source of concern are rising prices, followed by the invasion in the Ukraine



Top sources of concern today^{1,2}
 % of respondents



1.Q: What are the greatest source(s) of concern for you right now? Please select the top 3.
 2.Q: Which of the following is your top concern today?

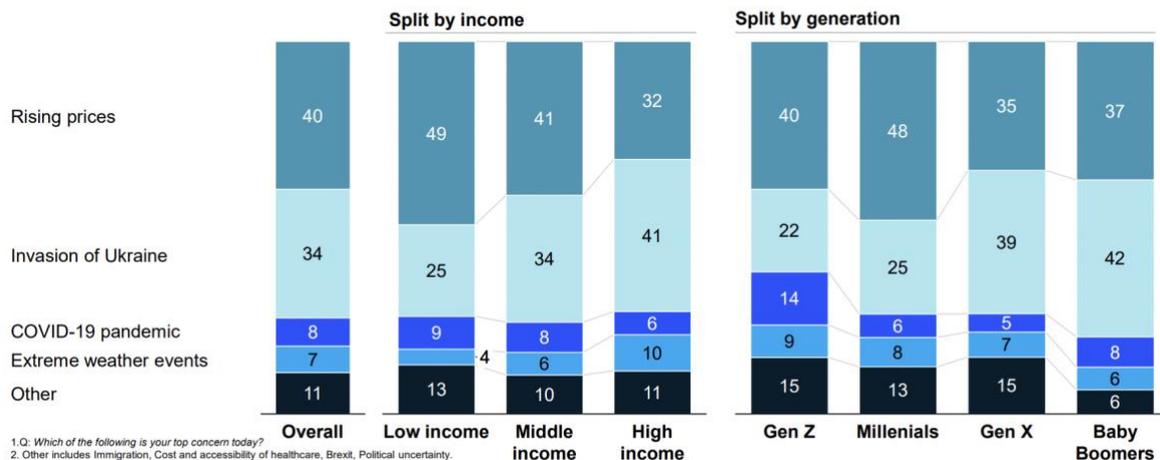
Source: McKinsey & Company Germany Consumer Sentiment Survey, 4/12-4/18/2022, n = 1,028, sampled to match German general population 18+ years

Quelle:
 McKinsey
 European Consumer Sentiment Survey 16. Mai

Rising prices particularly worrying for low income and millennials, invasion of Ukraine for high income and Baby Boomers



Top 1 source of concern¹
 % of respondents



1.Q: Which of the following is your top concern today?

2. Other includes Immigration, Cost and accessibility of healthcare, Brexit, Political uncertainty.

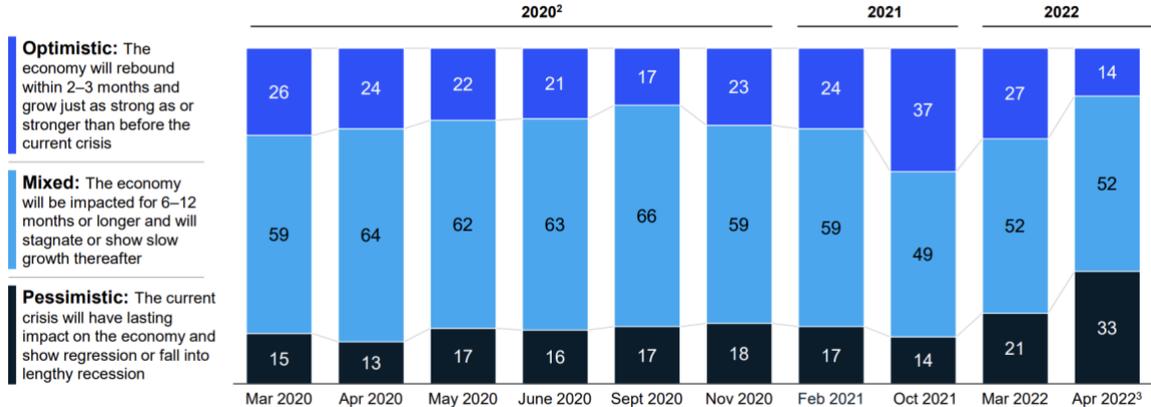
Source: McKinsey & Company Germany Consumer Sentiment Survey, 4/12-4/18/2022, n = 1,028, sampled to match German general population 18+ years

Quelle:
 McKinsey
 European Consumer Sentiment Survey 16. Mai

In Germany, pessimism hits an all time high - even exceeding all levels of pessimism since the start of the COVID-pandemic



Confidence in own country's economic recovery after crisis,¹ % of respondents



Optimistic: The economy will rebound within 2–3 months and grow just as strong as or stronger than before the current crisis

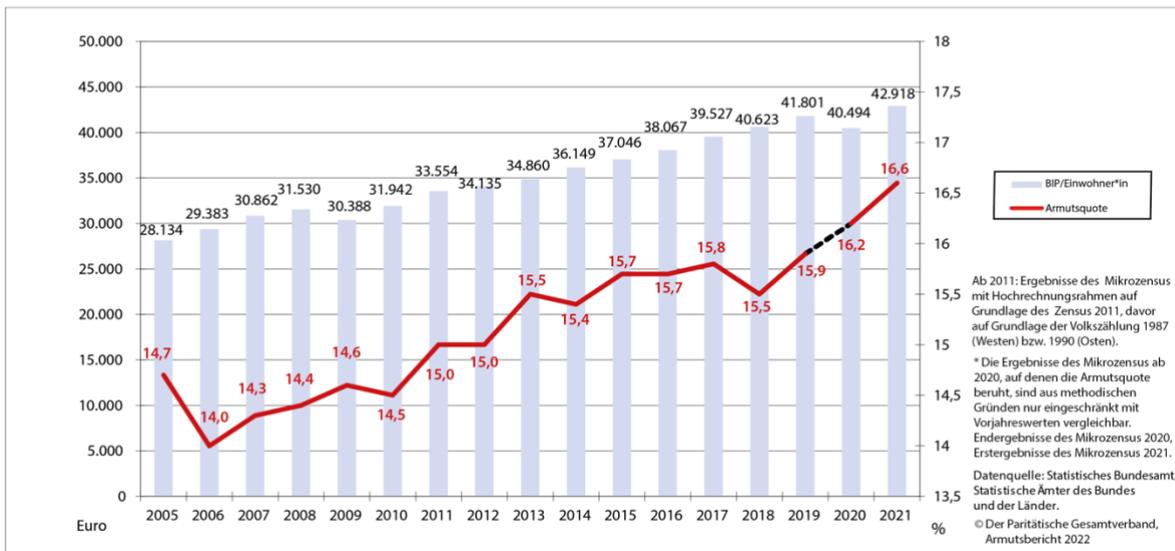
Mixed: The economy will be impacted for 6–12 months or longer and will stagnate or show slow growth thereafter

Pessimistic: The current crisis will have lasting impact on the economy and show regression or fall into lengthy recession

1. Q: What is your overall confidence level surrounding economic conditions after the coronavirus (COVID-19) crisis subsides (i.e. once there is herd immunity)? Rated from 1 "very optimistic" to 6 "very pessimistic." Top, middle and bottom two boxes of scale aggregated to "Optimistic", "Mixed", and "Pessimistic". Figures may not sum to 100% because of rounding.
 2. Average of bi-weekly pulse surveys shown for March through May 2020.
 3. Question in April 2022 was not framed for coronavirus. What is your overall confidence level surrounding the potential economic impact related to the invasion of Ukraine that began in February 2022?
 Source: McKinsey & Company COVID-19 Germany Consumer Pulse Survey. 4/12/2022-4/18/2022, n=1028; 3/22-3/29/2022, n=1,005; 10/15-10/22/2021, n=1,025; 2/23-2/27/2021, n=1,013; 11/09-11/16/2020, n=1,053; 9/24-9/27/2020, n=1,053; 6/18-6/21/2020, n=1,011; 5/21-5/24/2020, n=1,008; 4/30-5/3/2020, n=1,002; 4/16-4/19/2020, n=1,005; 4/2-4/5/2020, n=1,010; 3/26-3/29/2020, n=1,002; 3/20-3/22/2020, n=1,014; 04/14-04/18/2022, n=1,028, sampled to match Germany's general population 18+ years

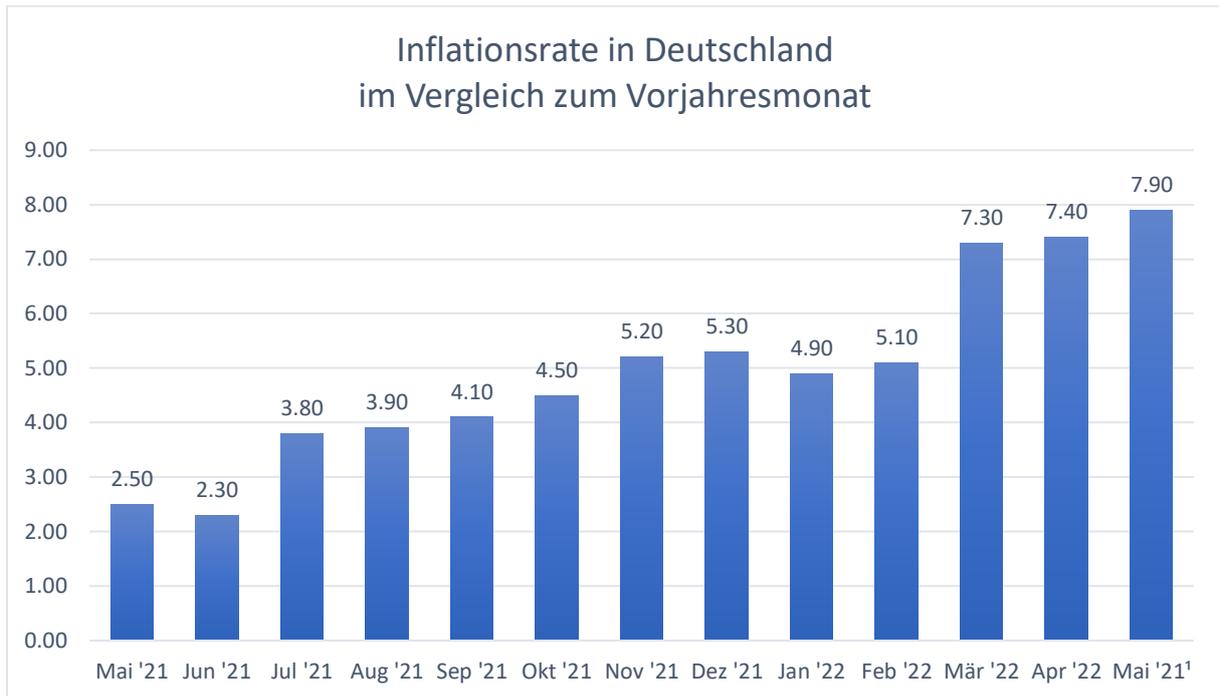
Quelle:
 McKinsey
 European Consumer Sentiment Survey 16. Mai

Armuts- und Wirtschaftsentwicklung 2005 bis 2019 und 2020 bis 2021*



Ab 2011: Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten).
 * Die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2020, auf denen die Armutsquote beruht, sind aus methodischen Gründen nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar. Endergebnisse des Mikrozensus 2020, Erstergebnisse des Mikrozensus 2021.
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.
 © Der Paritätische Gesamtverband, Armutsbericht 2022

Quelle:
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Armutsbericht 2022, Juni 2022



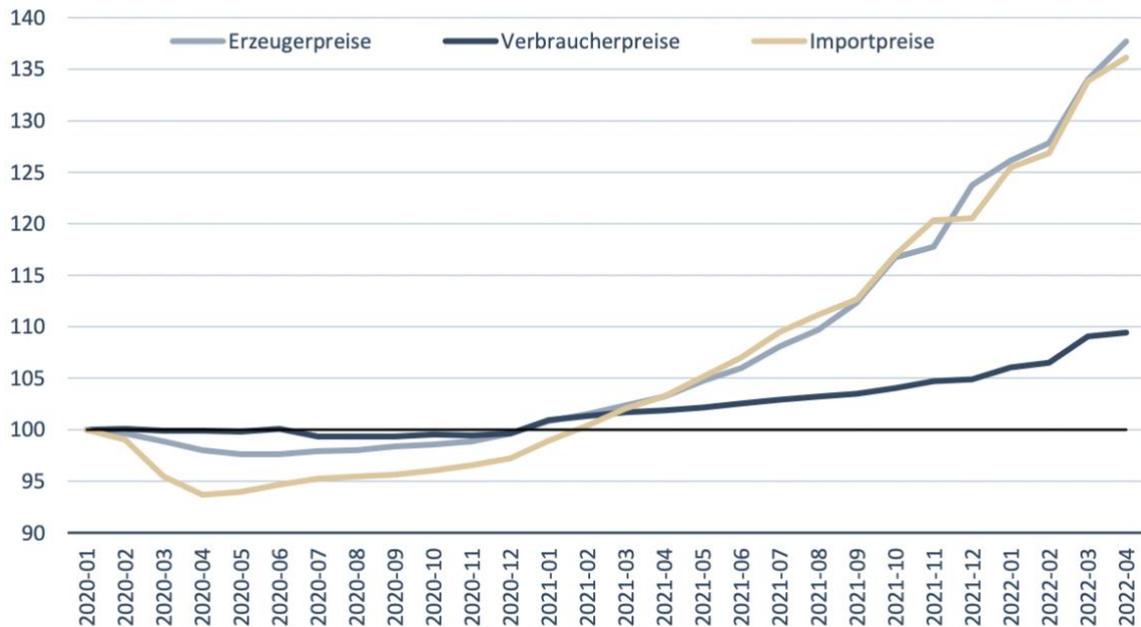
Quelle:
 Statistisches Bundesamt



Quelle:
 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg:
 Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg Mai 2022
 Statistischer Bericht MI 2 – m 05/22

Abbildung 1-1: Aktuelle Preisentwicklung in Deutschland

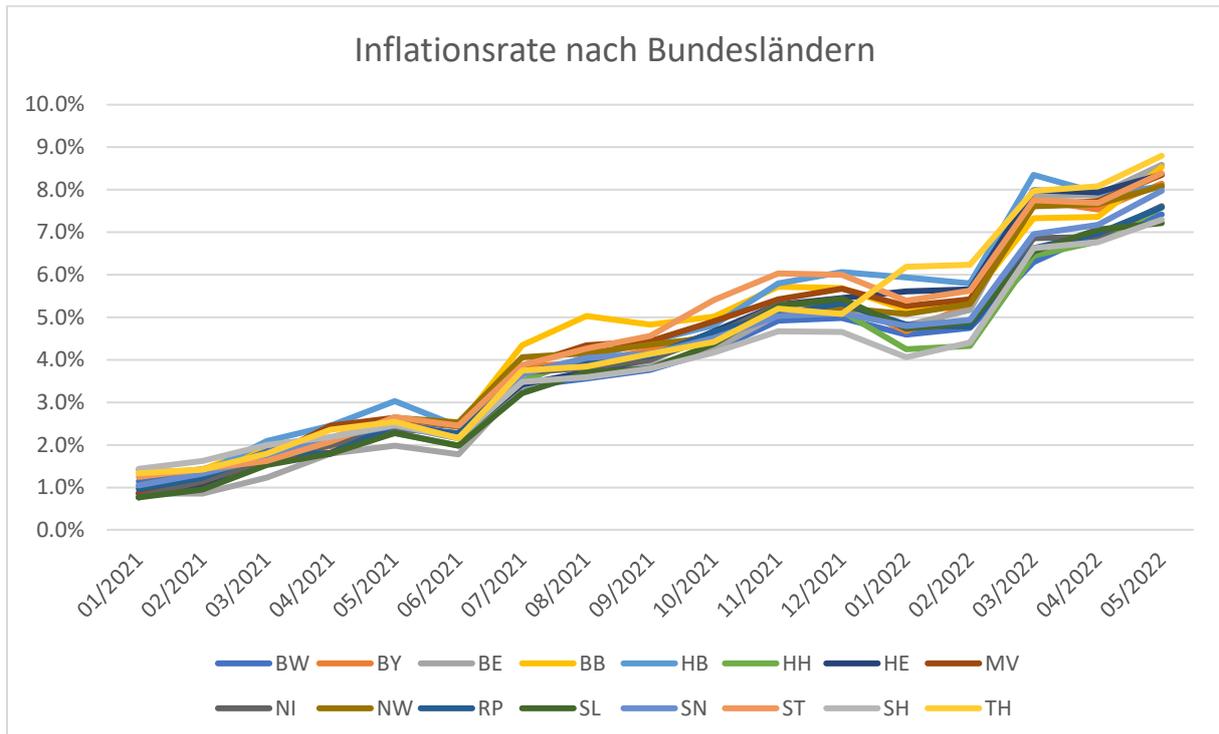
Preisindizes mit Basis Januar 2020 = 100



Quelle:
 Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
 Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage zur Preisentwicklung in Deutschland, Juni 2022



Quelle:
 Federal Reserve Bank of New York
 Global Supply Chain Pressure Index: May 2022 Update



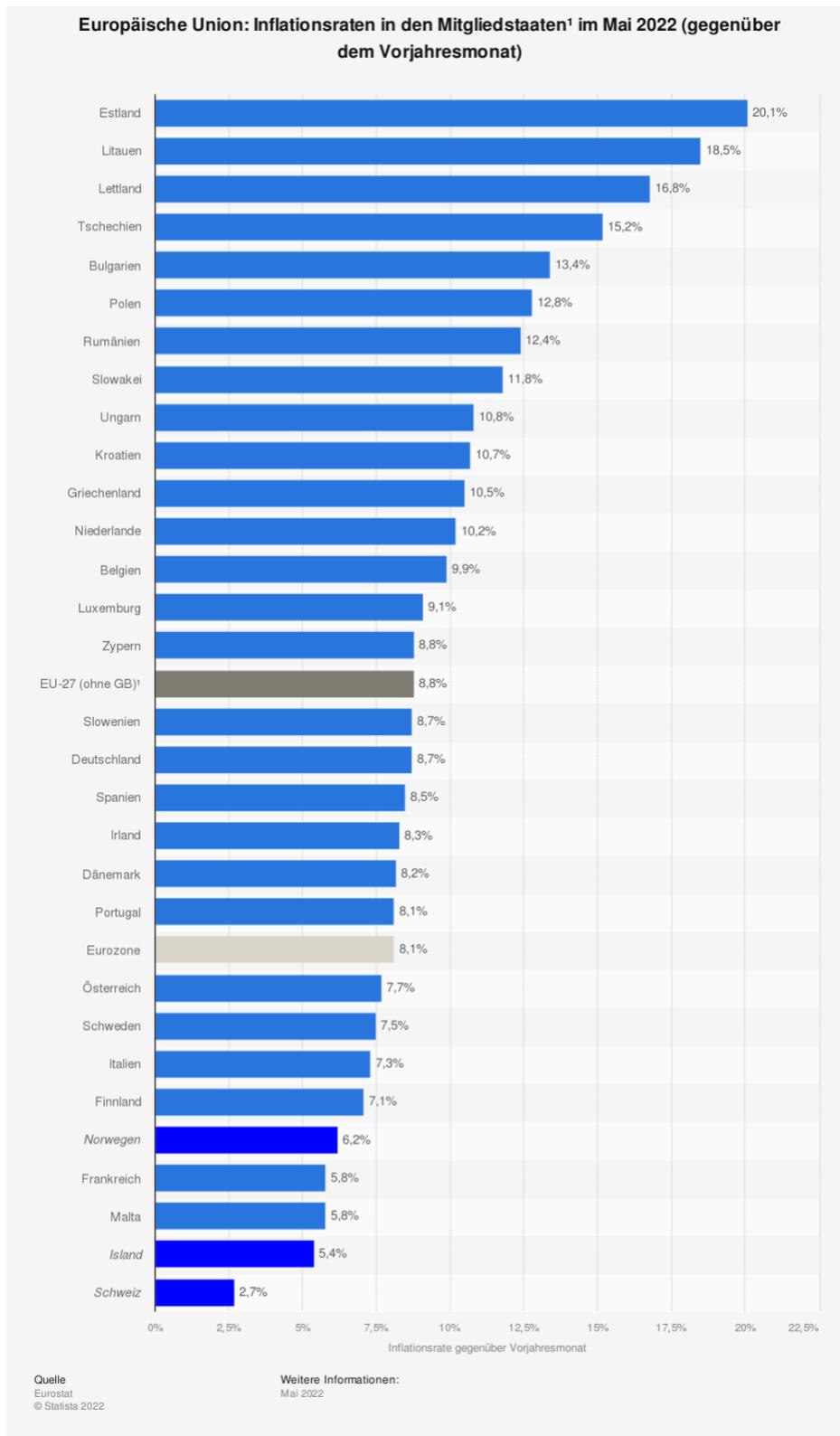
Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Inflationsrate nach Bundesländern:

Monat	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
01/2020	1,7%	1,5%	1,7%	1,7%	2,2%	1,4%	1,9%	1,6%	1,9%	1,8%	1,7%	1,6%	1,8%	1,5%	1,7%	1,8%
02/2020	1,6%	1,7%	1,7%	1,6%	1,5%	1,5%	1,9%	1,6%	1,7%	1,8%	1,8%	1,5%	2,0%	1,5%	1,7%	2,0%
03/2020	1,4%	1,2%	1,4%	1,4%	1,1%	1,1%	1,2%	1,1%	1,2%	1,4%	1,4%	1,2%	1,6%	1,4%	1,4%	1,7%
04/2020	0,9%	0,9%	0,9%	1,2%	0,7%	0,5%	0,8%	0,3%	0,8%	0,8%	0,8%	1,0%	0,7%	1,1%	0,9%	1,1%
05/2020	0,7%	0,6%	0,8%	0,9%	0,6%	0,4%	0,3%	0,4%	0,5%	0,5%	0,6%	0,6%	0,9%	0,5%	0,8%	0,9%
06/2020	0,8%	0,8%	0,9%	1,0%	0,9%	0,8%	0,8%	0,6%	0,8%	0,8%	0,9%	1,0%	0,8%	1,0%	0,7%	1,1%
07/2020	0,3%	0,0%	0,0%	-0,1%	-0,1%	-0,3%	-0,1%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	0,2%	-0,2%	0,2%	0,3%
08/2020	0,3%	0,1%	0,0%	-0,4%	-0,1%	-0,6%	-0,3%	-0,7%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,4%	0,1%	-0,4%	0,1%	0,2%
09/2020	0,0%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,3%	-0,8%	-0,5%	-0,6%	-0,4%	-0,3%	-0,1%	-0,4%	0,1%	-0,3%	0,0%	0,3%
10/2020	0,0%	-0,1%	-0,3%	-0,1%	-0,4%	-0,6%	-0,6%	-0,7%	-0,4%	-0,2%	0,0%	-0,3%	0,0%	-0,3%	0,0%	0,3%
11/2020	0,1%	-0,2%	-0,5%	-0,2%	-0,3%	-0,8%	-0,6%	-0,8%	-0,5%	-0,4%	-0,1%	-0,5%	0,1%	-0,4%	0,1%	0,1%
12/2020	0,1%	-0,3%	-0,6%	-0,1%	-0,4%	-0,6%	-0,5%	-0,8%	-0,6%	-0,4%	-0,3%	-0,5%	0,0%	-0,3%	0,1%	0,2%
01/2021	1,1%	1,4%	0,9%	1,3%	0,8%	0,8%	0,9%	0,9%	0,8%	1,0%	0,8%	1,0%	0,8%	1,0%	1,2%	1,4%
02/2021	1,4%	1,3%	0,9%	1,4%	1,3%	1,1%	1,0%	1,1%	1,1%	1,3%	1,2%	1,0%	1,3%	1,4%	1,6%	1,4%
03/2021	1,9%	1,8%	1,2%	2,0%	2,1%	1,6%	1,7%	1,7%	1,6%	1,8%	1,8%	1,5%	1,7%	1,6%	2,0%	1,8%
04/2021	2,1%	2,0%	1,8%	2,2%	2,5%	2,0%	1,8%	2,5%	2,0%	2,1%	1,8%	1,8%	2,2%	2,1%	2,2%	2,4%
05/2021	2,5%	2,6%	2,0%	2,6%	3,0%	2,3%	2,5%	2,6%	2,4%	2,6%	2,5%	2,3%	2,4%	2,6%	2,5%	2,5%
06/2021	2,4%	2,4%	1,8%	2,4%	2,4%	2,0%	2,2%	2,4%	2,3%	2,5%	2,3%	2,0%	2,1%	2,4%	2,2%	2,1%
07/2021	3,4%	3,8%	3,4%	4,3%	3,7%	3,5%	3,4%	3,8%	3,7%	4,1%	3,7%	3,2%	3,7%	3,9%	3,5%	3,7%
08/2021	3,6%	3,9%	3,7%	5,0%	4,0%	4,1%	3,7%	4,3%	3,8%	4,2%	4,0%	3,7%	4,0%	4,3%	3,6%	3,8%
09/2021	3,8%	4,2%	3,9%	4,8%	4,4%	4,1%	4,0%	4,4%	4,0%	4,4%	4,1%	3,8%	4,1%	4,6%	3,8%	4,1%
10/2021	4,2%	4,6%	4,3%	5,0%	4,8%	4,5%	4,7%	4,9%	4,6%	4,5%	4,6%	4,4%	4,5%	5,4%	4,2%	4,4%
11/2021	4,9%	5,3%	5,1%	5,7%	5,8%	5,2%	5,3%	5,4%	5,3%	5,1%	5,1%	5,3%	5,0%	6,0%	4,7%	5,2%
12/2021	5,0%	5,4%	5,1%	5,7%	6,1%	5,1%	5,4%	5,7%	5,4%	5,2%	5,3%	5,4%	5,1%	6,0%	4,6%	5,1%
01/2022	4,6%	4,7%	4,8%	5,2%	5,9%	4,3%	5,6%	5,3%	4,7%	5,1%	4,8%	4,7%	4,8%	5,4%	4,1%	6,2%
02/2022	4,7%	5,3%	5,2%	5,4%	5,8%	4,3%	5,7%	5,4%	4,8%	5,3%	4,8%	4,9%	4,9%	5,6%	4,4%	6,2%
03/2022	6,3%	7,8%	7,9%	7,3%	8,3%	6,4%	8,0%	7,6%	6,9%	7,6%	6,6%	6,5%	7,0%	7,7%	6,6%	8,0%
04/2022	7,0%	7,5%	7,9%	7,4%	7,9%	6,8%	7,9%	7,7%	6,9%	7,7%	7,0%	7,1%	7,2%	7,7%	6,8%	8,1%
05/2022	7,4%	8,1%	8,6%	8,5%	8,1%	7,6%	8,4%	8,3%	7,6%	8,1%	7,6%	7,2%	8,0%	8,4%	7,3%	8,8%

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Inflationsrate in der EU:



Quelle:
statista

Knappheit von Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe

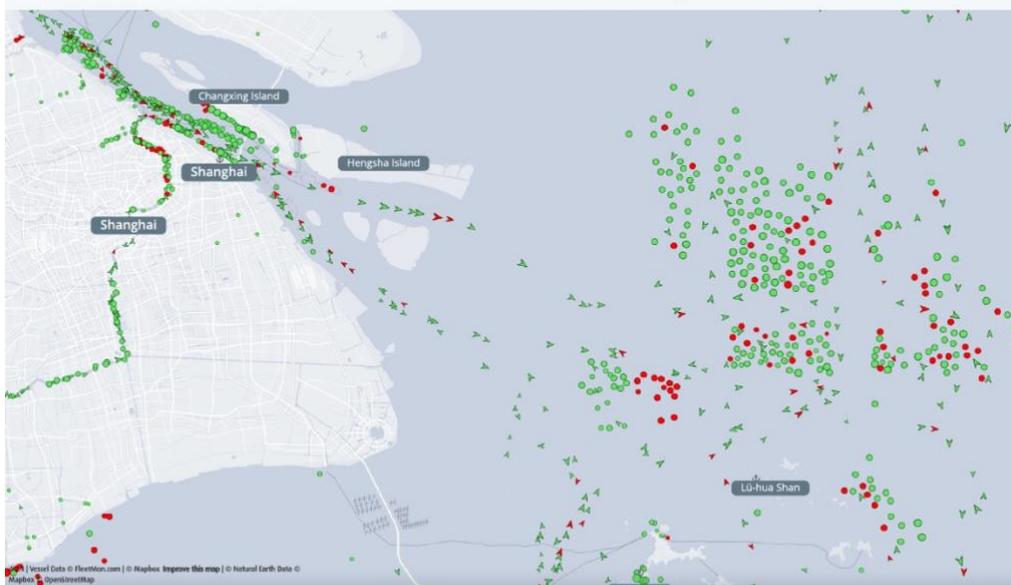


Quelle:
 ifo Institut
 Konjunkturumfragen, Mai 2022

Stau vor Shanghai

Fracht- und Tankschiffe im Hafengebiet von Shanghai
 am 28. April 2022, 9h-10h MEZ

● Frachtschiffe ● Tankschiffe ○ Vor Anker/festgemacht ▶ Fahrend

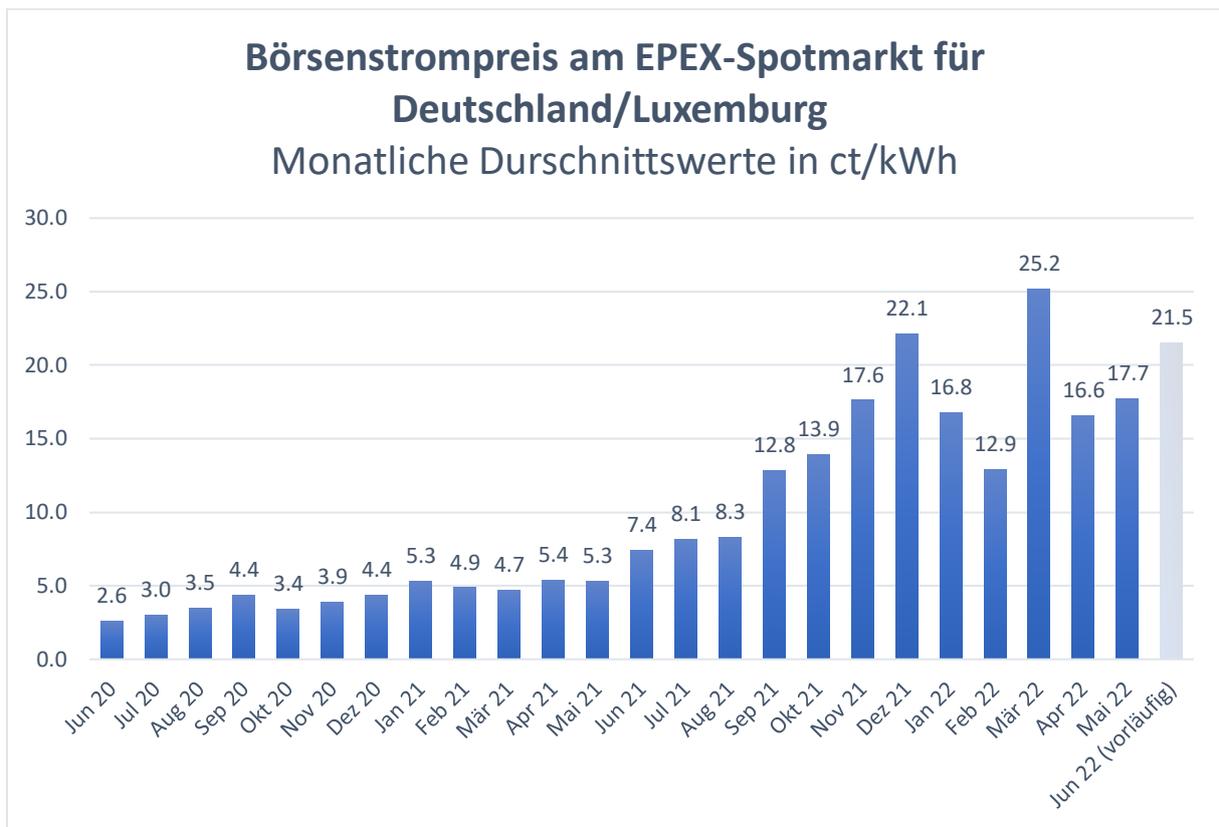


Quelle: FleetMon



statista

Quelle:
 statista

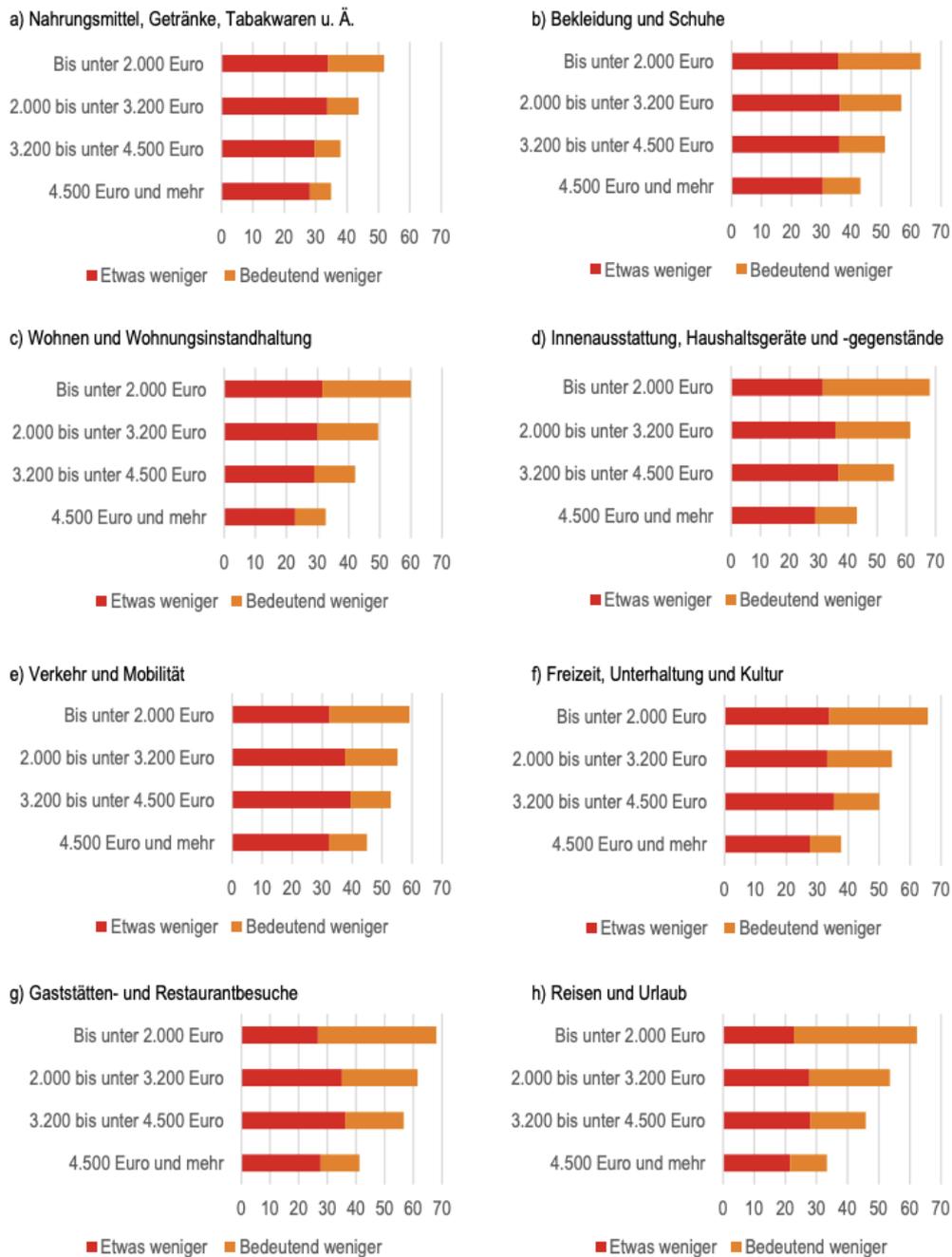


Quelle:
Bundesnetzagentur



Quelle:
finanzen.net
Stand: 08. Juli 2022

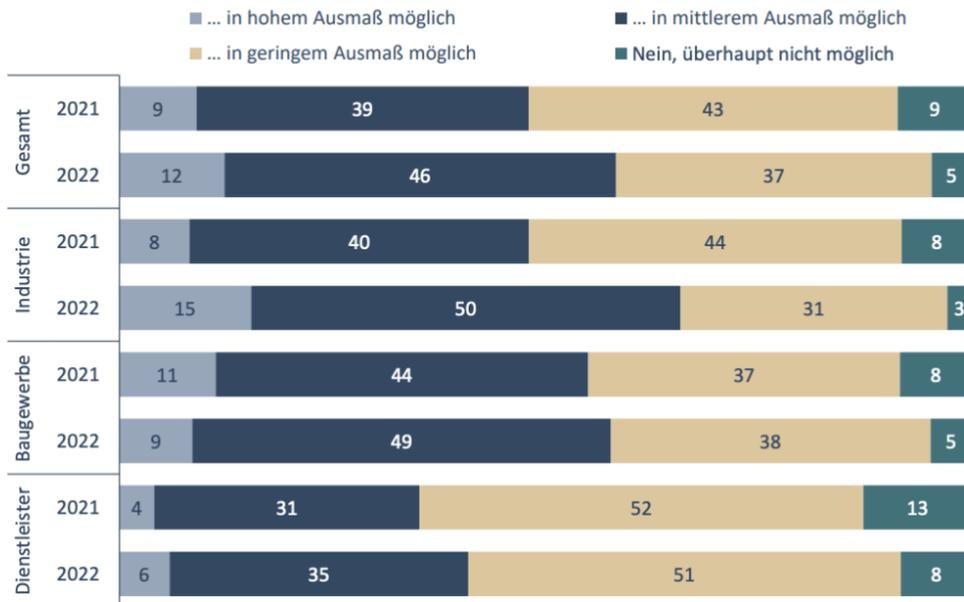
Abbildung 3: Konsumreaktion infolge des Energiepreisanstiegs nach Einkommensgruppen
 Angaben in %



Quelle:
 Institut für Makroökonomie IMK
 IMK Policy Brief Nr. 125 · Juni 2022
 Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung

Abbildung 5-1: Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen in Deutschland

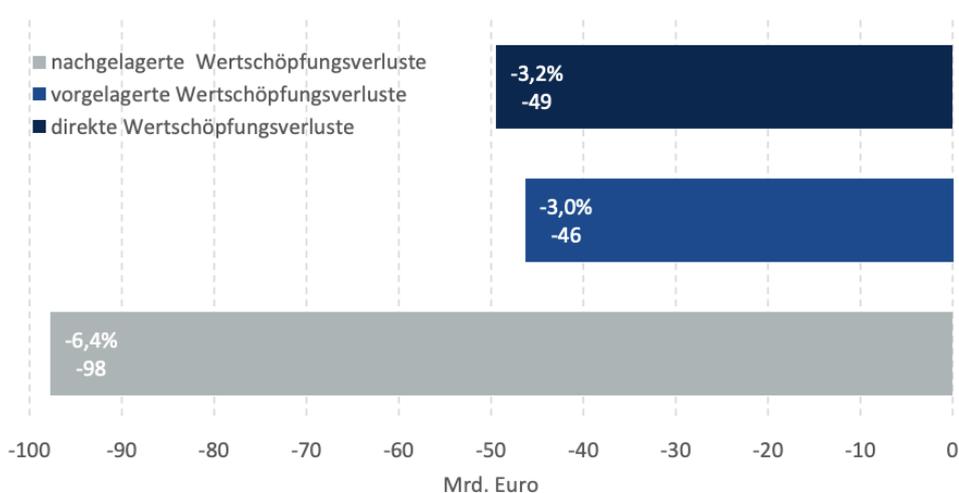
Anteil der Unternehmen (die starke und mittlere Preiseffekte erfahren) nach dem Grad der Preisüberwälzungsspielräume in Prozent



Quelle:
 Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
 Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage zur Preisentwicklung in Deutschland, Juni 2022

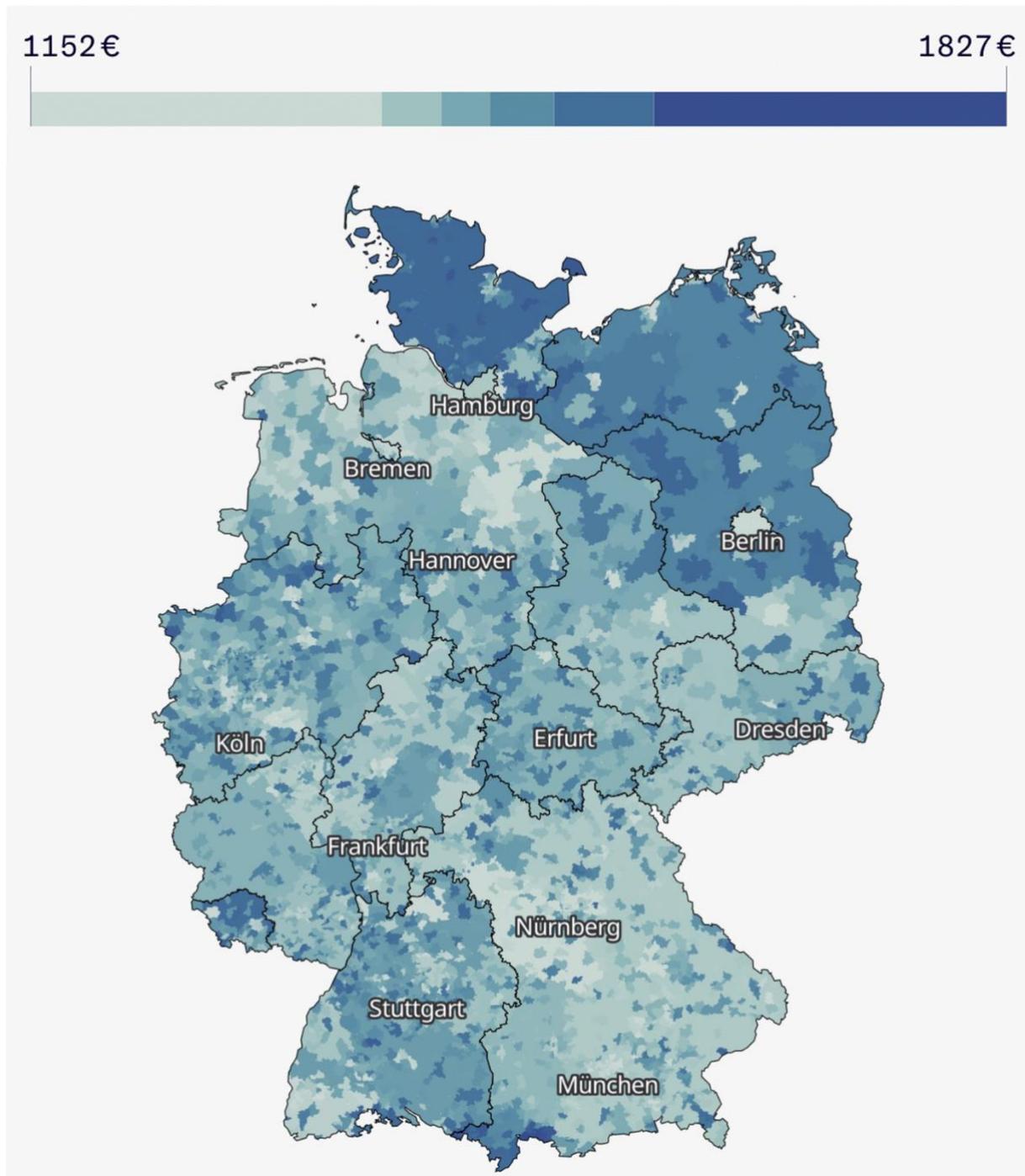
Abbildung 9

Mögliche Wertschöpfungsverluste einer Lieferunterbrechung von Erdgas aus Russland, in Mrd. Euro und Prozent der in einem Halbjahr in Deutschland erzielten BWS



Quelle:
 vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft
 Studie: Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie
 Juni 2022

Günstigster Stromtarif für eine vierköpfige Familie

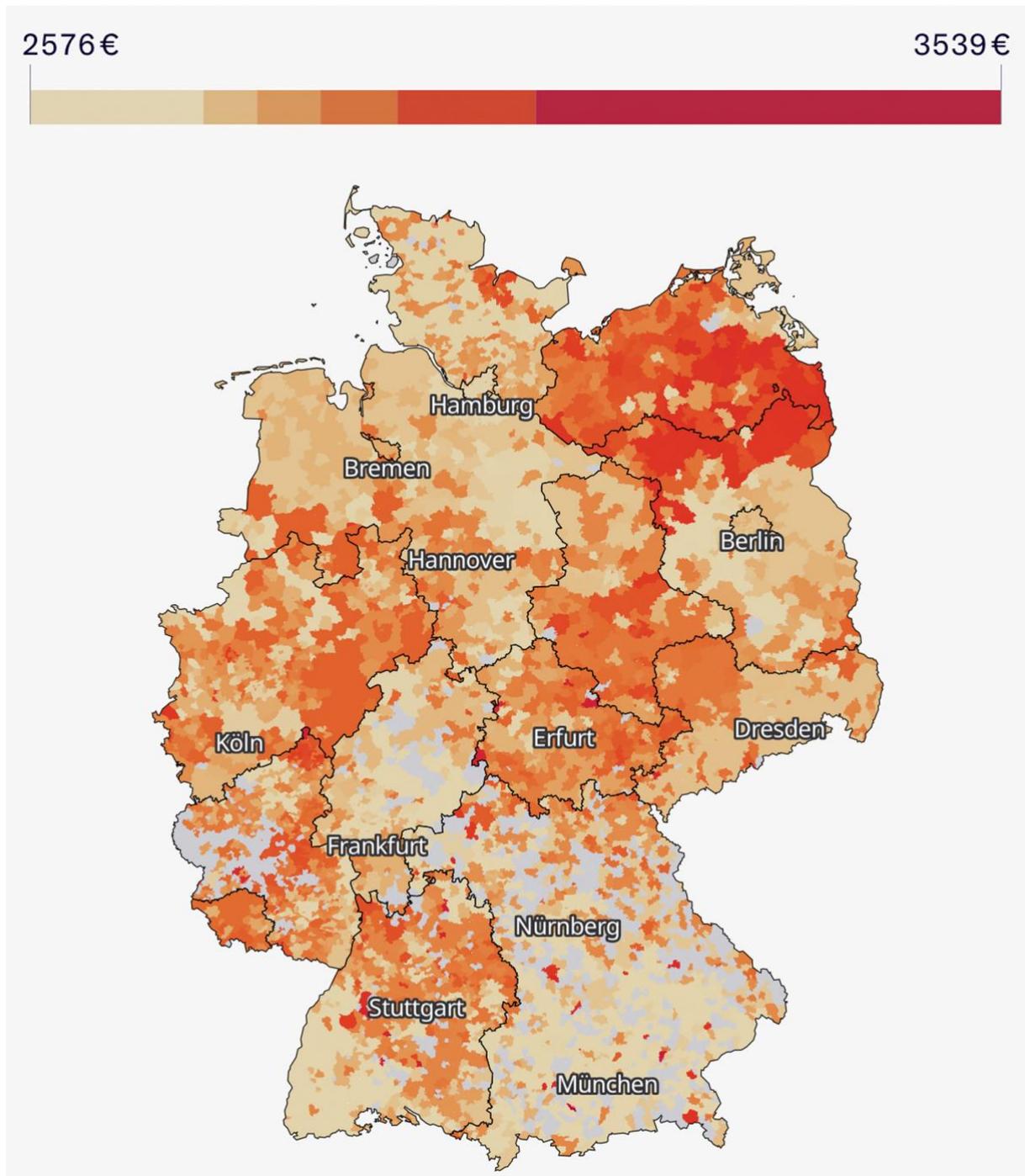


Die Zahlen beruhen auf dem jeweils günstigsten verfügbaren Neukunden-Tarif für eine vierköpfige Familie in einem Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 4 MWh Strom.

Auf der [Seite der NZZ](#) kann für jede Kommune per Mausklick zusätzlich der Vorjahrespreis angezeigt werden.

Stand: 16.6.2022
Quellen: Verivox, yetz
Visualisierung: NZZ

Günstigster Gastarif für eine vierköpfige Familie



Die Zahlen beruhen auf dem jeweils günstigsten verfügbaren Neukunden-Tarif für eine vierköpfige Familie in einem Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20 MWh Gas.

Auf der [Seite der NZZ](#) kann für jede Kommune per Mausclick zusätzlich der Vorjahrespreis angezeigt werden.

Stand: 16.6.2022
Quellen: Verivox, jetzt
Visualisierung: NZZ

Schaubild der multiplen Belastungen für die deutsche Wirtschaft
 (absolut verkürzt und schematisch!!):

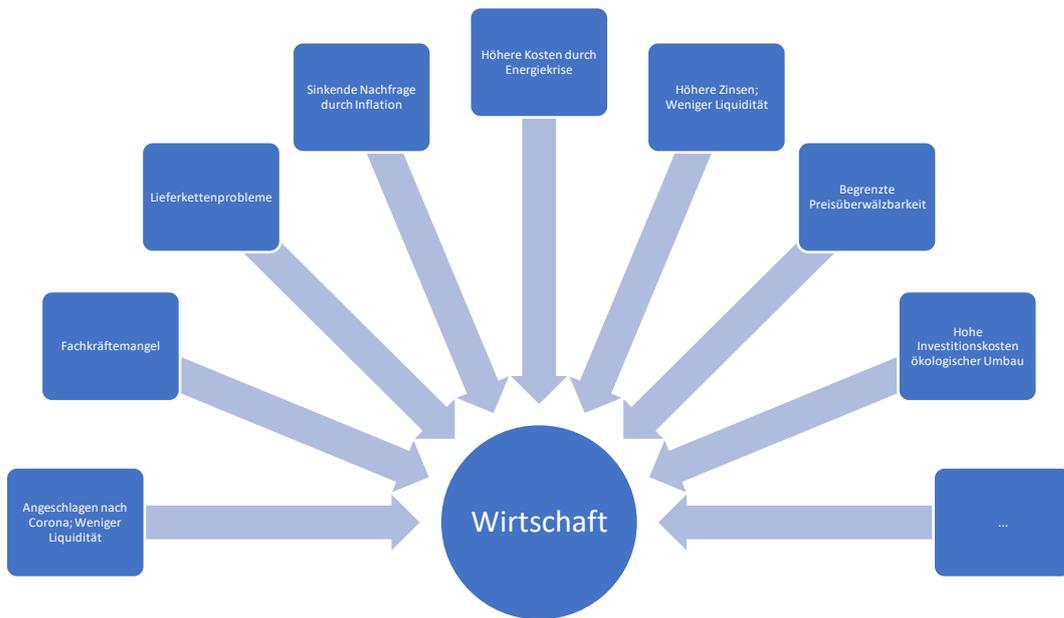
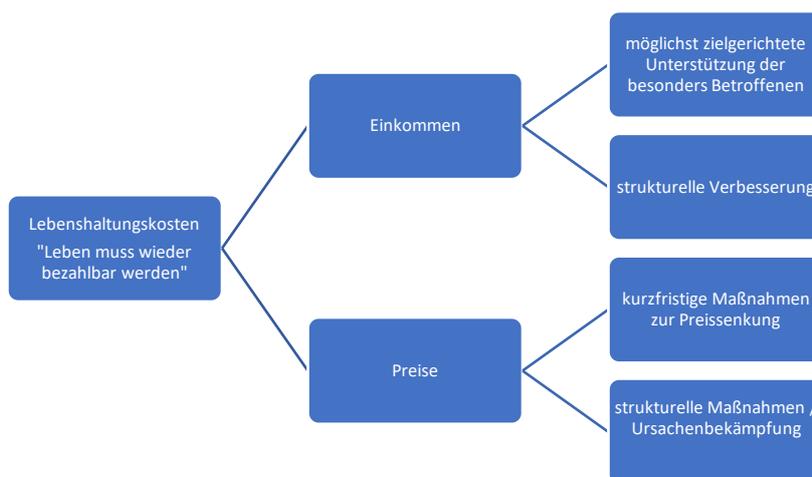


Schaubild unseres politischen Ansatzes (natürlich absolut verkürzt und schematisch!!):

Dualismus aus kurzfristig konkreter, schneller Hilfe und langfristig angesetzter struktureller Maßnahmen



+ Vergleichbarer Ansatz in der Wirtschaftspolitik: Einerseits kurzfristige Unterstützung für angeschlagene Betriebe, gleichzeitig aktive Industriepolitik, die unterstützt, Abhängigkeiten zu verringern

Schaubild unseres politisch-kommunikativen Ansatzes (absolut verkürzt und schematisch!!):

